

# Gruppe SPD - Grüne - SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg

**Kreistag 4.3.24**

**TOP Bunte Vielfalt, Toleranz und Solidarität statt Rassismus, Ausgrenzung und Hass!**

Beschlussvorschlag:

**Bunte Vielfalt, Toleranz und Solidarität statt Rassismus, Ausgrenzung und Hass!**

Wir, die Abgeordneten des Kreistags Lüchow-Dannenberg sehen uns in der Pflicht, der zunehmenden rechten Hetze und Gewalt in Deutschland und der daraus resultierenden körperlichen und seelischen Bedrohung und Verletzung von Menschen aktives demokratisches Handeln entgegenzusetzen.

Wir setzen dem rechtsextremistischen menschenverachtenden Weltbild und den daraus abgeleiteten Äußerungen und Taten eine offene Gesellschaft der bunten Vielfalt, Toleranz und Solidarität entgegen.

An jedem Tag, in jeder Situation müssen diese Werte von uns gelebt, eingefordert und verteidigt werden. Dazu gehört zuvorderst der solidarische Schutz bedrohter Menschen.

Wir betrachten das „Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 7.März 1966“, dem Deutschland 1969 beitrug, neben der Charta für Menschenrechte und weiteren internationalen Vereinbarungen sowie dem deutschen Grundgesetz als eindeutige, verbindliche Grundlage und Richtschnur für eine energische Bekämpfung rechtsextremistischer Taten.

Begründung:

Nicht erst die abscheulichen Morde von Hanau, Halle und Kassel zeigen, dass rechtsextremistische Täter in Deutschland die Grundfesten einer solidarischen Gesellschaft erschüttern. In den letzten 30 Jahren haben rechte Mörder über 200 Menschen in Deutschland getötet.

Todeslisten, konkrete Morddrohungen gegen Personen, anonyme Hassmails sind an der Tagesordnung ohne ausreichenden Schutz für die Betroffenen.

Lange wurden viele dieser Taten nicht vor ihrem rechtsextremistischen Hintergrund gesehen oder als Einzeltaten verharmlost. Staatliche Stellen versagten oft bei konsequenter Verfolgung und vor allem bei notwendigen Präventions- und Schutzmaßnahmen. Statt dessen sahen sich Opfer häufig institutionellem Rassismus ausgesetzt.

Treffen in Potsdam und anderswo zeigen die fließenden Übergänge zwischen Völkischen, Identitären, Unternehmern, aber auch Vertreterinnen verschiedener im Bundestag vertretener Parteien.

Die rechtsextremistischen terroristischen Vereinigungen um Heinrich 13., Prinz Reuß weisen Strukturen auf, die angelegt wurden, um mittels militärischer Gewalt die Errichtung einer Diktatur zu forcieren.

Rassismus und Diskriminierung sind keinesfalls nur unfair und durch die freie Meinungsäußerung gedeckt, sie verstoßen gegen geltendes Recht.

Diesen rechten Morden und anderen Taten ging das gesprochene und geschriebene Wort im öffentlichen gesellschaftlichen Alltag ungeahndet voraus, und schafft nach wie vor ungehindert ein Klima der Normalität für rassistisches Denken und Handeln.

So genannte „rote Linien“ gibt es nicht. Im Gegenteil, das Benennen ebensolcher suggeriert, ein gewisses Quantum rechtsextremistischer Einflussnahme sei tolerierbar. Sie ins Feld zu führen und immer wieder je nach Gusto neu zu definieren führt zu einer Verwischung eindeutiger Verletzungen von völkerrechtlichen Statuten und Gesetzen.

Reden in Bundestag, Landtagen und auch kommunalen Gremien, in Posts und sozialen Medien vergiften das gesellschaftliche Klima und öffnen die Tür für völkische, rassenideologische Formulierungen. Dabei tragen wir, die politischen Vertreter, eine besondere Verantwortung für den Schutz unserer Demokratie und die Einhaltung der in unserem Grundgesetz verankerten Werte. Wir können uns daher nicht oft genug erinnern und ermahnen, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Hierzu dient diese Resolution.